



Das höchste Gericht Israels – warum die Justizreform?

Die Medien stellen sich seit Wochen auf die Seite der gegen die neue Regierung Israels Demonstrierenden und übernehmen deren Slogans von wegen Demontage der Justiz, der Gewaltentrennung und einem drohenden Ende der Demokratie. Auffallend nur, dass sie es konsequent unterlassen, das Publikum über die Gründe der von der Regierung geplanten Aenderungen am Justizsystem zu informieren. Im Widerspruch zu den Slogans geht es nämlich darum, die bis 1992 funktionierende Gewalttrennung durch eine Neuordnung der Kompetenzen des inzwischen übermächtigen Obersten Gerichts wieder herzustellen.

Februar 2023 / Hanspeter Büchi

Auszug aus der Geschichte des Obersten Gerichtshofs Israels
(Professor Abraham Sion, Universität Ariel/Israel)

Im Jahr 1948, als Israel gegründet wurde, wurde der frühere Weg zum Privy Council in London abgeschnitten. Petitionen an den Obersten Gerichtshof Israels konnten direkt eingereicht werden, ohne dass sie wie zuvor die unteren Gerichte passieren mussten. Auf diese Weise konnte und kann man in Israel direkt zum Obersten Gerichtshof gelangen, und gegen dessen Entscheidung gibt es keine Möglichkeit der Berufung. Dies war die erste Anomalie. Zum Beispiel können Palästinenser in jeder Angelegenheit direkt beim Obersten Gerichtshof Israels Petitionen einreichen, und in vielen Fällen zeigt sich der (politisch links positionierte) Oberste Gerichtshof für ihre Petitionen empfänglich.

Eine zweite Anomalie ist die Tatsache, dass vor 40 Jahren eine große Veränderung in der Rechtsprechung vorgenommen wurde. Der Oberste Gerichtshof entschied, dass es keinen Locus Standi (Klagebefugnis) mehr braucht, um eine Petition beim Obersten Gerichtshof einzureichen, und beschloss außerdem, dass jede Angelegenheit justiziabel ist. Damit erhielt der Oberste Gerichtshof enorme Befugnisse durch richterliche Gesetzgebung und nicht durch parlamentarische Gesetzgebung. Im Jahr 1992 entschied der Oberste Gerichtshof außerdem, dass er befugt ist, in die parlamentarische Gesetzgebung einzugreifen und sie aufzuheben. So mischt sich der Oberste Gerichtshof ständig in die Gesetzgebung des Parlaments und die Entscheidungen der Regierung ein, und zwar in einem Maße, dass in Israel nichts entschieden werden kann, wenn der Oberste Gerichtshof es nicht annimmt. Heute wird das Land tatsächlich von 14 Richtern des Obersten Gerichtshofs und nicht von der israelischen Regierung regiert. Die derzeitige Knesset (Parlament) versucht nun, wieder geordnete Verhältnisse zu schaffen. Dabei geht es nicht darum, in die Unabhängigkeit der Gerichte einzugreifen, sondern die Gewaltenteilung im Lande wiederherzustellen.

Ein weiterer Punkt ist die Wahl der Richter. Sie erfordert die Zustimmung von mindestens 7 der 9 Mitglieder des Wahlgremiums. Damit bilden die 3 darin vertretenen Richter quasi eine Vetomacht, die politisch andersdenkende Kandidaten verhindern kann. In der Schweiz und anderen Ländern werden die obersten Richter vom Parlament gewählt.